DIE LINKE. Sachsen
1. Tagung des 15. Landesparteitages

A. Leitantrag an die 1. Tagung des 15. Landesparteitages

A.1. Fortschritt und Zusammenhalt. Unser Programm für das solidarische Sachsen.

ÄA.1.86. Änderungsantrag zu A.1.

Einreicher*in: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

Der Parteitag möge beschließen:

Ersetzung in Zeile 1617 - 1618:

Alt:
„Deswegen wollen wir in einem ersten Schritt eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre umsetzen."

Neu:
„Deswegen setzen wir uns für die Einführung des aktiven und passiven Wahlrechts aller Personen ohne Altersbegrenzung ein."

Begründung:

Altersbegrenzungen bei Wahlen sind Unfug. Langfristige Ziele und die damit verbundenen Visionen, für die wir uns einsetzen, sollten auch in unserem Wahlprogramm auffindbar sein. Als linksjugend ['solid] Sachsen setzen wir uns schon seit längerer Zeit für ein Wahlalter 0 ein. Für uns ist jede Altersgrenze, sei sie bei 18, bei 16, oder bei 9,5 Jahren angesetzt, nichts als Willkür - daher fordern wir, dass allen Menschen von Geburt an das aktive und passive Wahlrecht zugesprochen wird. Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass es immer verschiedene Gründe gab, Menschen ihres Wahlrechts zu berauben. Zu geringes Einkommen, die soziale Stellung oder schlicht das Frau*-Sein waren lange Zeit Gründe dafür, nicht an politischen Wahlen teilnehmen zu dürfen. Dieser Rückblick zeigt aber auch, dass es möglich ist, derartige Einschränkungen aufzubrechen, also auch bei der Altersgrenze. Oftmals heißt es, dass doch Kinder aber viel zu jung und unreif seien, um so wichtige Entscheidungen treffen zu können. Nunja. Jung sind Kinder zweifelsohne. Aber die entscheidende Frage ist, wie man* die Bewertung „zu jung, zu unreif" ansetzt. Ab wann ist man* zu jung für etwas? Ist das nicht von Mensch zu Mensch unterschiedlich? Wir finden, Alter hat nichts mit Reife zu tun. Man* kann nicht messen, ob und wann ein Mensch reif genug ist, um wählen zu können. Bei älteren und vermeintlich reiferen Menschen misst dies auch niemand nach und das ist auch gut so. Genauso oft heißt es, dass junge Menschen im Wahlverhalten viel zu leicht zu beeinflussen seien. Das sind doch Erwachsene nicht minder. Junge Menschen sind, trotz der schlechten politischen Bildung in den Schulen, oftmals besser über Politik und ihr Funktionieren informiert und absolut in der Lage, die politische Lage zu bewerten. Außerdem versucht doch auch niemand, älteren Wähler_innen das Wahlrecht zu entziehen, nur weil sie weniger informiert oder gebildet erscheinen, oder? Genauso wäre es fatal, jungen Menschen das Wahlrecht abzuspre-

chen, weil sie eventuell „extreme Parteien“ wählen würden. Abgesehen davon, dass wir uns nicht auf das absurde Spielchen der Extremismustheorie einlassen wollen, ist es alles andere als demokratisch, Menschen aufgrund ihrer möglichen Wahlentscheidung von einer demokratischen Wahl auszuschließen. Macht ja aktuell immerhin auch niemand. „Nuja, abor die wähln dann doch och nur das, was ihre Eldorn den‘ erzählne.“ Auch das ist kein wirklich schlagkräftiges Gegenargument und im Übrigen exakt die These, mit der Mann versucht hat, Frauen ihr Wahlrecht abzusprechen. Glücklicherweise wissen wir, dass Frauen* und auch junge Menschen einen eigenen Willen haben und diesen auch äußern sollen dürfen. Wir möchten also diese Altersgrenze, die, egal wo sie angesetzt ist, immer willkürlich und exklusiv ist, aufbrechen. Wir möchten nicht, dass Kleinkinder vor die Wahlurne gezerrt werden, sondern dass alle, die wählen gehen wollen und sich bereit fühlen, dies auch tun sollen. Damit können viele junge Menschen Politik besser mitgestalten, als es aktuell der Fall ist und damit auch ihre spezifischen Themen mit in die Politik einbringen. Aktuell ist es doch so, dass alte Menschen darüber streiten, was besser für die Kinder und die Jugend ist. Lasst die, die es betrifft doch mitstreiten, vielleicht wissen sie ja mehr, was sie selbst wollen.

Was wir explizit nicht wollen, ist ein Familienwahlrecht, bei welchem die Stimme der Kinder an die Eltern übertragen wird. Letztere also für ihre Kinder mit abstimmen und mehrere Stimmen abgeben können. Das finden wir alles andere als demokratisch und das entspricht ziemlich genau überhaupt nicht den Vorstellungen, die wir an ein Wahlrecht für junge Leute haben - aber deswegen ist unsere Formulierung ja auch so wie sie ist.

Entscheidung des Parteitages

angenommen: abgelehnt:

überwiesen an: _____

Stimmen dafür: _____ dagegen: _____ Enthaltungen: _____

Bemerkungen: _____